

Bericht von der kirchlichen Solidaritätskundgebung am 15.02.2006 in Göttingen:

Für 14.00 Uhr hatte die Gewerkschaft ver.di die Beschäftigten im Bereich des Ev.-luth. Kirchenkreises Göttingen zu einer Solidaritätskundgebung mit dem Streik im Öffentlichen Dienst vor dem alten Rathaus/Kirchenkiosk eingeladen. Es versammelten sich etwa 100 Beschäftigte, überwiegend aus dem Bereich der Kindertagesstätten. Kurz nach Kundgebungsbeginn kam in einem Demonstrationzug noch eine Delegation von ca. 250 Beschäftigten aus der Göttinger Stadthalle, die an diesem Tag als Streiklokal angemietet war.

Der stellvertretender ver.di-Geschäftsführer, Horst Roth, stellte in seiner Ansprache die gemeinsamen Interessen der kirchlichen Beschäftigten mit den Zielen des Streiks im Öffentlichen Dienst heraus: hier wie dort ginge es darum, die Arbeitszeit angesichts von 5 Mio. Arbeitslosen nicht weiter auszuweiten und für die Einhaltung der Tarifverträge zu sorgen. Alle Beschäftigten hätten Anspruch darauf, dass ihnen ihr Urlaubs- und Weihnachtsgeld erhalten bliebe. Unter großem Applaus erklärte er, dass wir uns von den Arbeitgebern, seien sie Kirchen- oder Landesfürsten, nicht in die Knie zwingen lassen würden. Es würde gestreikt bis zum Sieg.

Der Vorsitzende der Mitarbeitervertretung, Werner Massow, erklärte als Verdi-Mitglied den Demonstranten die Situation im kirchlichen Bereich. Dort wollen die Arbeitgeber dauerhaft eine schlechtere Bezahlung als im Öffentlichen Dienst durchsetzen. Schon jetzt sei das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld auf 20 % gekürzt. Für das neue Jahr werde bald neu verhandelt. Massow begrüßte, dass sich ver.di jetzt auch direkt in die Verhandlungen im kirchlichen Bereich einschalte. Man dürfe sich aber keine Illusionen machen, dass allein durch Verhandlungskünste in Kommissionen Erfolge errungen werden könnten. Die Erfolge hingen davon ab, ob die kirchlichen Beschäftigten auch bereit seien, für ihre Interessen in den Streik zu treten. Hier könnten wir von den Streikenden des Öffentlichen Dienstes noch lernen, wie Erfolge erreicht werden. Es gäbe jedenfalls keinen Grund, warum nicht z. B die Kita-Beschäftigten unabhängig von der Trägerschaft gleich bezahlt werden sollten.

Während der Kundgebung wurden ver.di-Flugblätter verteilt, in denen die Rechtmäßigkeit von Streiks im kirchlichen Dienst erläutert wurden (Gutachten des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Dr. Jürgen Kühling). Auf den Transparenten war zu lesen: „Länger arbeiten für weniger Geld – nein Danke“, „Beten allein reicht nicht aus – TVöD ins Gotteshaus“ und „Weihnachten kam ER zu Welt, wir wollen unser Weihnachtsgeld“.

(Horst Roth
stellv. Geschäftsführer
ver.di Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen)